

Der Landwirtschaftsminister über die Kartoffelversorgung im Westen.

(Berlin, 17. Febr. (Telegr.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ergriff der Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer zu einer abschließenden Betrachtung das Wort und führte unter anderm folgendes aus:

Ich will mich auf die Auseinandersetzungen über die Wirtschaftspolitik hier nicht einlassen und nur für meine Person erklären, daß nach meiner Ansicht ein Krieg von der Dauer des gegenwärtigen ohne unsere bisherige Wirtschaftspolitik unmöglich gewesen wäre. (Beifall.) In dieser Ansicht bin ich durch die Ausführungen der Vorredner nur bestärkt worden. Ich ergreife nur das Wort, um die Übereinstimmung mit den Rednern des Hauses zu betonen, daß unsere Erzeugnisse unter allen Umständen zur Ernährung der Bevölkerung ausreichen werden, daß der Aushungerungsplan unserer Gegner auch dann zuschanden werden würde, wenn — was Gott verhüten wolle — dieser Krieg noch längere Jahre andauern würde. (Beifall.) Mit diesem Vorbehalt kann ich feststellen, daß wir keineswegs im Überfluß schwelgen, und daß wir unter allen Umständen haushalten müssen, wenn wir durchhalten wollen. Zur Kartoffelversorgung sind zehn Verordnungen ergangen. Der preussischen Regierung und der Reichsregierung ist es gewiß auch nicht angenehm, immer mit neuen Verordnungen zu kommen. Sie dürfen bei der Kritik aber nicht vergessen, daß man immer klüger aus dem Rathause herauskommt als man hineingegangen ist. Der Krieg gibt stets neue Rätsel auf, deren Beseitigung nicht immer durch Verordnungen und rohe Gewalt möglich ist. Die Kartoffelversorgung ist in diesem Jahre zweifellos auf größere Schwierigkeiten gestoßen als im vergangenen. Das liegt nun mal daran, daß unsere Futtermittel geringer sind als im vorigen Jahre, die Kartoffel hat teilweise an die Stelle anderer Futtermittel treten müssen. Wir dürfen auch nicht außer acht lassen, daß der Kartoffelmangel, wie er sich im Laufe des Herbstes und Winters gestaltet hat, in der Hauptsache, abgesehen von einigen großen Städten, wie Berlin, sich im wesentlichen im Westen bemerkbar gemacht hat. Es kommt vor allem darauf an, die Ursachen einer solchen, hoffentlich vorübergehenden, Kartoffelknappheit zu erforschen. Da sind einige Zahlen für die Kartoffelversorgung im Westen charakteristisch. Durch eine amtliche Statistik des Ministers der öffentlichen Arbeiten wird nachgewiesen, daß im Jahre 1915 90 000 Tonnen Kartoffeln nach dem Westen mehr gekommen sind als im Jahre 1914. (Hört, hört!) Im Jahre 1914 waren es 255 244 Tonnen, im Jahre 1915 aber 344 320. Nun ist von verschiedenen Oberbürgermeistern die Richtigkeit dieser Statistik bestritten worden. Gewiß mögen einigen Städten einige oder mehrere Wagen Kartoffeln angehängt sein, die ihren Weg in andere Gegenden genommen haben. Aber es steht doch wohl fest, daß der Wahrscheinlichkeit nach im Jahre 1915 mehr Kartoffeln nach dem Westen gekommen sind als im Jahre 1914. Der kartoffelreiche Osten und auch die Mitte der Monarchie haben ihre Schuldigkeit gegenüber den westlichen Verbrauchern getan. (Sehr richtig rechts.) Wenn sie 1915 noch mehr Kartoffeln als 1914 nach dem Westen geliefert haben, wird man ihnen nicht vorwerfen können, daß sie mit ihren Kartoffeln ganz besonders in diesem Jahre zurückgehalten hätten. (Sehr richtig!) Wenn das richtig ist, und wenn man erwägt, daß im Jahre 1915 die Kartoffelverzehrung in den Städten nicht zugenommen, sondern infolge der Einberufungen zum Militär abgenommen hat, so drängt sich mit Recht die Frage auf: Wo sind diese Kartoffelvorräte geblieben? (Sehr richtig rechts.) Diese Kartoffelvorräte sind von den Städten des Westens in Empfang genommen und dem Kleinhandel übergeben worden. Eine Bestandsaufnahme, die am 16. Januar stattgefunden hat, ergibt das ebenfalls sehr interessante Resultat, daß zum Beispiel im Regierungsbezirk Düsseldorf, wenn man 1½ Pfund Kartoffeln pro Tag und Kopf zugrunde legt, die Vorräte bis zum 15. März (hört, hört!), und im Regierungsbezirk Köln ebenfalls bis zu diesem Datum und wahrscheinlich noch länger reichen würden, und daß trotzdem in nahezu allen Städten dauernde Kartoffelnot bestand (hört, hört!) Wenn man die Kartoffeln dem Kleinhandel übergibt und nicht dafür sorgt, daß sie dem Verbraucher zugeführt werden, so ist das Ergebnis nicht wunderbar. Nach den Berichten der Regierungspräsidenten haben sich auch die wohlhabendern Kreise der Bevölkerung teilweise reichlich für Monate mit Kartoffeln eingedeckt, die ärmern Haushaltungen, die nach ihren Mitteln nur in der Lage sind, für wenige Tage Kartoffeln zu beziehen, haben, wenn diese Tage vorüber sind, wieder Mangel an Kartoffeln. Bei diesem Verfahren würde der Osten, auch wenn er doppelt soviel Kartoffeln hätte, auf die Dauer dem Bedarf nicht gerecht werden können. Ich habe sowohl den Oberpräsidenten, wie den Regierungspräsidenten und Oberbürgermeistern gesagt, daß es unbedingt notwendig sein würde, die weitere Verteilung der Kartoffeln in der Weise zu regeln, daß sie in erster Linie denjenigen zugeführt werden, die noch notwendigen Bedarf an Kartoffeln haben. Die Verordnung vom 7. Februar wird hoffentlich dazu beitragen, die Klagen, wie sie jetzt geltend gemacht wurden, in Zukunft verstummen zu lassen. Dabei möchte ich noch bemerken, die Städte und Industriebezirke haben nicht allein 1½ Pfund Kartoffeln pro Kopf und Tag als Bedarf angegeben, sondern außerdem noch für jedes Schwein 5 Pfund und für jedes Stück Rindvieh 2 Pfund

täglich. Was das für Wirkungen hat, bitte ich daraus zu entnehmen, daß z. B. im Regierungsbezirk Düsseldorf für Schweine von diesen vom Osten bezogenen Kartoffeln 113 131 Stück in Betracht kommen, was bei 5 Pfund nahezu 600 000 Zentner macht und bei Rindvieh 185 781 Stück, die mit 2 Pfund täglich bei der Kartoffelversorgung in Anrechnung gebracht werden. Für die Ernährung besonders der arbeitenden Bevölkerung ist es gewiß wichtig, daß sie auch ihre Kuh oder ihr Schwein weiterzubringen vermag. Aber der Zweck der Versorgung der Städte mit Kartoffeln und der Heranziehung der Kartoffeln von den Landwirten, selbst unter Anwendung der Beschlagnahme, war doch eigentlich nicht die Ernährung der Viehbestände, sondern der Bevölkerung. Nur unter diesem Gesichtspunkte sind die Höchstpreise zu rechtfertigen, wie sie im vorigen Herbst festgestellt worden sind.

Der Abg. Herold hat besonders die in Aussicht stehende Erhöhung der Kartoffelpreise bemängelt. Diesem Gedanken gibt ja auch der Antrag Ausdruck, der von den Vertretern der Zentrumsparlei und auch andern Parteien gestellt worden. Es ist Ihnen ja bekannt, daß durch die Verordnung vom 27. Januar 1916 die Heeresverwaltung, die Marineverwaltung und die Reichskartoffelstelle und die von diesen ermächtigten Stellen und Personen in Zukunft an die Höchstpreise nicht gebunden sind, daß sie jedoch bei den andern Verkäufen den Befehlen des Reichskanzlers unterliegen. Der Reichskanzler hat auf Grund dieser Verordnung zunächst den genannten Stellen die Ermächtigung erteilt, den Preis um 1,25 M mit monatlichen weiteren Erhöhungen um 25 Pfennige zu erhöhen, während im übrigen, das heißt, abgesehen von den Einkäufen, die von diesen Stellen bewirkt werden, die bisherigen Höchstpreise in Kraft bleiben. Sie können sich denken, daß ein derartiger Beschluß nur nach sorgfältiger Erwägung und unter Prüfung aller Verhältnisse gefaßt worden ist, und daß es der Reichsleitung durchaus nicht leicht geworden ist, auch in den hier vorgesehenen Fällen die vorher festgesetzten Höchstpreise für Kartoffeln weiter zu erhöhen. Aber die Gründe, die bereits in der Kommission und auch von verschiedenen Rednern hier geltend gemacht worden sind, waren ausschlaggebend. Es handelt sich ja zunächst nicht darum, der Bevölkerung schon die Versorgung mit Kartoffeln für den Winter zu verteuern. Reichs- und Staatsregierung haben Vorjorge getroffen, daß die Kartoffeln bis zum 15. März unter allen Umständen zum bisherigen Höchstpreis geliefert werden können. Wenn nach diesem Datum eine mäßige Erhöhung der Preise eintritt, so zieht dieselbe durchaus im Einklang mit den Erhöhungen der Preise, die die Kartoffeln überhaupt, auch in Friedenszeiten, aufzuweisen hatten. Aber auch ganz abgesehen davon erschien eine Preiserhöhung notwendig, weil doch unbedingt dafür gesorgt werden muß, daß die Kartoffeln nicht weiter verfüttert werden, daß sparsam mit ihnen umgegangen wird, und daß die Kartoffelerzeuger auch einen Anreiz haben, die Kartoffeln soweit wie möglich dem menschlichen Konsum zu erhalten und zuzuführen. Es wird mir entgegengehalten werden, daß das auf dem Wege der Beschlagnahme und Enteignung auch zu erzielen sein würde. Ich glaube, das ist eine irrige Annahme. Man wird in einzelnen Fällen — und das ist auch geschehen — zu einer Beschlagnahme und zu einer Enteignung schreiten, aber eine generelle Beschlagnahme der Kartoffeln ist einfach unausführbar, weil sie die Fortführung zahlreicher Wirtschaften in Frage stellen würde, weil sie die Erhaltung unserer Viehbestände, die ebenso notwendig sind und zweifellos gefährdet sind, auf die Dauer in Frage stellen würde. Wenn man diese Gesichtspunkte beachtet, wird man der Reichsregierung in den getroffenen Maßnahmen zustimmen müssen, so hart sie auch ferner für diejenigen sind, die die Kartoffeln im Frühjahr teurer bezahlen müssen, als es im Winter der Fall gewesen ist.

Der Minister machte dann weitere Ausführungen über die übrigen Ernährungsfragen.